

An den Vorsitzenden des Wirtschafts-
und Digitalisierungsausschusses

15. Juli 2025

Vorlage für die Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses
am 16. Juli 2025 zu TOP 3, Drucksachen 20/1587 und 20/1737

Antrag

der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

Flensburg mit neuer Bahninfrastruktur besser an den Regional- und

Fernverkehr anbinden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Flensburg als Oberzentrum der Deutsch-Dänischen Grenzregion auf ein verlässliches Nah- wie Fernverkehrsangebot angewiesen ist. Sowohl Fern- als auch Nahverkehrsangebote sind aktuell verbesserungswürdig. Die Einrichtung eines Bahnhalts in der Innenstadt am ZOB in Flensburg, sowie eine mittelfristige Ertüchtigung des Bahnhofes Flensburg-Weiche für den Regional- und Fernverkehr könnten diese Situation verbessern.

Der Landtag begrüßt daher, dass es aus Flensburg inzwischen eine breite Mehrheit für die bereits im Landesweiten Nahverkehrsplan für Schleswig-Holstein vorgesehenen Maßnahmen gibt. Der Landtag bittet die Landesregierung, eine Machbarkeitsstudie in Abstimmung mit der Stadt Flensburg auf den Weg zu bringen, welche die Reaktivierung der Bahnstrecke zum ZOB auf Leistungsfähigkeit (ein Halbstundentakt auf allen Relationen sollte möglich sein), Gleislayout und Gestaltung des Bahnhofes, Fahrgastpotential und Umwelteinflüsse untersuchen soll.

Der Landtag begrüßt den Beschluss der Stadt Flensburg, sich an der Finanzierung für einen potenziellen Fernzug-Halt in Flensburg-Weiche beteiligen zu wollen. Er bittet die Landesregierung, in Gespräche mit Flensburg über eine zeitnahe Realisierung zu treten und die Kosten zu ermitteln. Die Federführung für die kurzfristige Umsetzung soll bei der Stadt Flensburg liegen. Weiter ist zu ermitteln, ob neben der DB-Fernverkehr

AG weitere Verkehrsunternehmen diesen Halt mit Fernzügen von und nach Skandinavien bedienen würden. Ferner wird die Landesregierung gebeten, auf eine Kostenbeteiligung des Bundes für das gesamte Projekt hinzuwirken.

Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, welche neuen Haltepunkte und Verbindungskurven im Flensburger Großraum eröffnet werden könnten. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gegenüber der Stadt dafür einzusetzen, dass potentiell sinnvolle Verbindungskurven von Bebauung freigehalten werden, bis es zu einer Entscheidung kommt.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, sich im Bund für die Wahrnehmung des grundgesetzlichen Auftrags nach 87e Artikel 4 einzusetzen. Die für diesen Zweck in Auftrag gegebene Studie soll genutzt werden, um Fernverkehrsverbindungen auch in Städte mit etwa 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen wie Flensburg zu finanzieren.

Lukas Kilian
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion

Sybilla Nitsch
und Fraktion